

5 Diskussion

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, das Verständnis darüber zu vertiefen, wodurch politische Entscheidungen im Kontext nachhaltiger Transformationsprozesse beeinflusst werden und wie politische Entscheidungsträger:innen in diesem Kontext agieren. Als Beispiel der explorativen Studie dient die Produktion grünen Wasserstoffs in Thüringen. Durch die Anwendung einer an der Grounded-Theory-Methodologie orientierten Forschung möchte diese Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Erschließung eines bislang wenig bearbeiteten Forschungsgebiets leisten. Im folgenden Kapitel werden die im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Ergebnisse in den Kontext bereits existierender Literatur eingeordnet. Zu beachten ist dabei, dass sich die besprochene Literatur lediglich in sehr begrenztem Umfang im ersten Teil der Arbeit, in dem im Normalfall eine Übersicht über die Literatur erfolgt, findet. Dieser Umstand resultiert aus dem spezifischen Forschungsprozess der Grounded-Theory-Methodologie, bei dem Forschende zunächst ohne umfassende vertiefte Literaturkenntnisse an die Datenerhebung herangehen. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, die Daten unvoreingenommen zu sammeln und die Theorie aus den empirischen Befunden heraus zu entwickeln, bevor eine eingehende Auseinandersetzung mit der bestehenden Literatur erfolgt.

5.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit zeigen, dass die interviewten Thüringer Entscheidungsträger:innen die Frage nach der Energieerzeugungsart als „politisches Schlachtfeld“ wahrnehmen. Die Forschenden

de identifizierte fünf Phänomene, die zur Wahrnehmung der Energieerzeugungsart als politisches Schlachtfeld beitragen.

Erstens prägen die „ideopolitischen Energiepräferenzen“ maßgeblich die politische Diskussion. Diese Präferenzen beziehen sich auf die vermeintliche Verbindung zwischen der politischen Haltung oder Parteizugehörigkeit der Akteur:innen und ihrer Präferenz oder Ablehnung bestimmter Energieerzeugungsarten. Diese wirkt insofern auf die Hauptkategorie ein, als dass die identifizierte Handlungsstrategie – die Verfolgung mehrheitsfähiger Themen und die Vermeidung von Konflikten – politische Entscheidungsträger:innen dazu bewegen kann, die Debatte um die Energieerzeugung in eine für sie politisch vorteilhafte Positionen zu lenken und kontroverse Fragen zu umgehen. Zweitens ist die „Populismuskapitulation“ ein bedeutender Aspekt. Dieses Phänomen beschreibt die Bereitschaft einiger politischer Akteur:innen, ihre eigenen Überzeugungen und Positionen zugunsten der Forderungen aus (Teilen) der Bevölkerung zu verwerfen. Diese Anpassung erfolgt oft im Interesse des politischen Machterhalts. Die Bereitschaft sich anzupassen, führt zu einer weiteren Komplexität im politischen Diskurs. Das beeinflusst, welche politischen Maßnahmen und Energiepolitiken tatsächlich umgesetzt werden. Drittens spielen die „unkritischen Medien“ eine zentrale Rolle. Die Medienberichterstattung, in Thüringen hauptsächlich gestaltet durch die Funke-Mediengruppe, trägt zur Verzerrung des politischen Diskurses bei. Dies ist das Resultat einer Berichterstattung, die unterschiedliche Argumente ohne adäquate Gewichtung oder kritische Bewertung nebeneinanderstellt. Das erschwert es der Öffentlichkeit und zuweilen auch den Entscheidungsträger:innen, sich ein differenziertes Bild von der Energiepolitik zu machen. Die Gleichwertigkeit, mit der unterschiedlich wertige Argumente präsentiert werden, kann zu einer oberflächlichen und uninformierten (öffentlichen) Debatte führen. Der lobbyorchestrierte Energiediskurs stellt einen weiteren kritischen Aspekt dar. Die Debatte über die verschiedenen Energieträger ist vom Einfluss lobbyistischer Akteur:innen abhängig. Parteien sind dabei in unterschiedlichem Maße empfänglich für die Informationen der Lobbygruppen, was zu einer Verzerrung der

politischen Positionen und Entscheidungen führen kann. Diese Dynamik beeinflusst, welche Energiequellen von den Parteien diskutiert werden. Schließlich wird die Energiepolitik in Thüringen durch einen spezifischen Sonderweg charakterisiert: die Minderheitsregierung aus Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD, die vor dem Hintergrund einer starken, liberal-konservativen bis rechtsextremen Opposition vor der Aufgabe steht, Mehrheiten für ihre Anliegen zu generieren.

Im Kontext der Produktion grünen Wasserstoffs zeigen sich zusätzliche spezifische Herausforderungen. Das „Henne-Ei-Problem“ wirft die Frage auf, wie die Infrastruktur für Wasserstoff aufgebaut werden kann, wenn noch keine ausreichende Nachfrage besteht (und umgekehrt). Die Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz expliziert die hohen Erwartungen an Wasserstoff und die Umsetzungsschwierigkeiten. Besonders relevant ist hierbei, dass die Produktion von grünem Wasserstoff auf erneuerbare Energien angewiesen ist. Wasserstoff kann nur als grün bezeichnet werden, wenn er aus erneuerbaren Quellen hergestellt wird.

Die Analyse der Interviews zeigt, dass politische Entscheidungsträger:innen in Thüringen zwei unterscheidbare Reaktionsmuster im Umgang mit dem „politischen Schlachtfeld“ erkennen lassen, diese wurden benannt als „reaktiv“ und „transformativ“. Akteur:innen, die nach ersterem Muster agieren, zielen auf Konfliktvermeidung und Anpassung an die öffentliche Meinung ab. Währenddessen streben zweitere nach Transformationen und möchten diese am besten mit einer breiten Masse der Bevölkerung durchsetzen.

Schon vor einigen Jahren erwartete James Meadowcroft die Transformation des Energiesystems als einen „[...] messy, conflictual, and highly disjointed process [...]“ (Meadowcroft, 2009: 323) – eine Prognose, die sich anhand der vorliegenden Analyse zu bestätigen scheint. Die nachfolgenden Unterkapitel ordnen die jeweils identifizierten Phänomene in die bereits vorhandene Literatur ein. Der Abschnitt schließt mit einer Passage zu den Limitationen dieser Arbeit.

5.2 Soziale Akzeptanz

Die in Kapitel 2 vorgestellte Untersuchung identifiziert individuelle Barrieren in den politischen Entscheidungsprozessen nachhaltiger Transformationen auf europäischer Ebene (siehe Gössling et al., 2016). Ein direkter Vergleich zu dieser Studie ist jedoch nur bedingt möglich, da sich die Realisierbarkeit von Wasserstofftechnologien – insbesondere für den privaten Verbrauch – stark von etablierten Verkehrsmitteln wie Flugreisen unterscheidet. Wasserstoff wird in den kommenden Jahren voraussichtlich keine Rolle für private Konsument:innen spielen, da die Kosten zu hoch sind. Flugreisen hingegen sind schon seit Jahrzehnten eine etablierte Art des Reisens. Differenzen gibt es jedoch nicht nur in der alltäglichen Relevanz für den (Berufs-)Alltag, sondern auch in Bezug auf die unterschiedlichen Handlungsspielräume der befragten Akteur:innen: auf EU-Ebene bestehen weitaus größere Möglichkeiten zur politischen Steuerung als auf der Landesebene (siehe Kapitel 2.2).

Während Gössling et al. individuelle Barrieren für die politischen Entscheidungsprozesse im Rahmen nachhaltiger Transformationsprozesse identifizieren, bestimmt die Forschende diskursiv geprägte Aspekte, die politische Entscheidungsprozesse beeinflussen. Gemeint ist hier, dass intermediäre Akteur:innen (Lobbyist:innen, Journalist:innen) auf die Wahrnehmung der Entscheidungsträger:innen Einfluss nehmen (siehe Kapitel 4.5). In Bezug auf Wasserstoff spielen persönliche Präferenzen eine untergeordnete Rolle, was möglicherweise auf dessen geringe Bedeutung im privaten Alltag zurückzuführen ist. Stattdessen scheint die wahrgenommene Akzeptanz in der Bevölkerung einen deutlich größeren Einfluss auf politische Entscheidungen in Thüringen zu haben. Die Ergebnisse der Studie korrespondieren damit mit den Studien Luckes, die feststellte, dass „Tatsächliche oder vermeintliche Akzeptanzdefizite [...] die Rechtfertigung dafür [liefern, L.S.], daß [sic!] Reformpläne ‚gegen den Widerstand‘ und ‚ohne die Zustimmung der Betroffenen‘ nicht verwirklicht werden [...]“ (Lucke, 1995, S. 34). Es lässt sich beobachten, dass in den Phänomenen ideopolitische Energiepräferenzen, Populismuskapitulation und unkritische Medien die zu-

geschriebene (vermutete) Einstellung der potenziellen Wähler:innen-schaft einen maßgeblichen Einfluss hat.

Gössling et al. (2016) zeigen in ihrer Studie auf, dass ein Teil der leitenden Beamten der Europäischen Kommission aus der Industrie kommt, was den Druck der Verkehrsindustrie auf die Entwicklung der politischen Maßnahmen von innen erhöht. Im Kontext Thüringens hingegen wird der Druck nach Ergebnissen dieser Studie durch externe Akteur:innen wie Bürgerinitiativen, unausgewogene Medienberichterstattung und Lobbyismus ausgeübt (siehe Kapitel 4). Ähnlich wie bei Gössling et al. wird jedoch auch in der vorliegenden Studie zu Teilen beobachtbar, dass eine weit verbreitete Annahme besteht, technologischer Fortschritt werde die Herausforderungen der Klimakrise lösen. Es herrscht großes Vertrauen in die Wirksamkeit marktbasierter Lösungen vor. Dies zeigt sich vor allem in der identifizierten Handlungsstrategie „wasserstoffliberales Paradigma“ (siehe Kapitel 4.2.1). Diese meinte die Überzeugung, dass durch eine verstärkte Marktliberalisierung Innovationen und der Wettbewerb gefördert werden, was langfristig zu einer effektiveren Entwicklung des Wasserstoffsektors führt.

Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit komplementieren die Ergebnisse der Studie von Gössling et al. und tragen zu einem umfassenderen Verständnis der politischen Entscheidungsprozesse im Kontext nachhaltiger Transformationsprozesse bei. Sie zeigt auf, dass nicht nur individuelle Barrieren, sondern auch die Wahrnehmung der öffentlichen Akzeptanz maßgebliche Einflussfaktoren für politische Entscheidungen auf Landesebene sind.

5.3 Henne-Ei-Problem und Wunsch-Machbarkeits-Diskrepanz

Das Henne-Ei-Problem und die Wunsch-Machbarkeit-Diskrepanz beschreiben anschaulich die in den Interviews von den politischen Entscheidungsträger:innen geäußerten Perspektiven auf die Produktion grünen Wasserstoffs in Thüringen. Durch die wechselseitige Bedingtheit des Nachfrage- und Infrastrukturdefizits im Bereich Wasserstoff entsteht ein „Teufelskreis“, mit dem die Befragten auf unterschiedliche

Art und Weise umzugehen versuchen. Die vorliegenden Interviews zeigen deutlich, dass die Entscheidungsträger:innen die infrastrukturellen Defizite als zentrale Barriere für die Entwicklung des Wasserstoffmarktes sehen. Die Handlungsstrategien der Befragten lassen sich in zwei Lager unterteilen: Die einen favorisieren einen verstärkten staatlichen Eingriff, während die anderen auf Marktliberalisierung und Technologieoffenheit setzen.

Eine Einschätzung dazu, was die „richtige“ Herangehensweise ist, kann in dieser Arbeit nicht geleistet werden. Daher soll zur Einordnung kurz der Sachstand beschrieben werden. Wissenschaftler:innen nennen vor allem den hohen Bedarf an Infrastruktur sowie Pfadabhängigkeiten als Markteintrittsbarrieren für grünen Wasserstoff (Hebling et al., 2019, S. 3–4). Dies deckt sich mit den Aussagen der befragten Entscheidungsträger:innen die den Teufelskreis zwischen mangelnder Nachfrage und fehlender Infrastruktur als Haupthindernis für die Entwicklung des Wasserstoffmarkts in Thüringen beschreiben „An dieser Stelle sind regulatorische Eingriffe zur Technologieförderung denkbar und sollten geprüft werden“ (Hebling et al., 2019, S. 4). Damit grüner Wasserstoff konkurrenzfähig wird, ist demnach vor allem eine Skalierung der Produktion von Elektrolyseuren und damit einhergehend eine Reduktion der Investitionskosten notwendig (Bühler et al., 2023, S. 21).

Die zentrale Fragestellung, die in diesem Zusammenhang zu erörtern ist, betrifft das Ausmaß, in dem auf Landesebene tatsächlich politische und regulatorische Maßnahmen ergriffen werden können, um die Nachfrage nach Wasserstoff signifikant zu steigern. Wissenschaftler:innen beschreiben beispielsweise die Umsetzung der Erneuerbare Energien-Richtlinie (EU) 2018/2001 (Renewable Energy Directive – RED II) in nationales Recht als schnell wirksame Maßnahme (Hebling et al., 2019, S. 15). Diese Umsetzung obliegt zunächst der Bundesregierung, bevor abschließend die Zustimmung der Länder im Bundesrat erforderlich ist. Die Einschätzungen der befragten Expert:innen decken sich mit den strukturellen Gegebenheiten: Auf Landesebene bestehen eingeschränkte Handlungsspielräume, um Defizite im Bereich der In-

frastruktur und der Nachfrage nach Wasserstoff eigenständig zu beheben.

Grünem Wasserstoff bescheinigen viele Wissenschaftler:innen das Potenzial, einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen zu leisten. Er spielt daher eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Energiewende. Wasserstoff kann universell über alle Sektoren hinweg eingesetzt werden, beispielsweise als Kraftstoff für Fahrzeuge, Rohstoff für die Industrie oder Brennstoff für Heizungen (Linnemann & Peltzer, 2022, S. 2). Aufgrund dieser Vielseitigkeit wird grüner Wasserstoff als eine zentrale Lösung betrachtet, um den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft voranzutreiben (siehe auch Kapitel 1 & 2).

Allerdings zeigt sich, dass der Bedarf an grünem Wasserstoff in Deutschland voraussichtlich nicht allein durch nationale Produktionskapazitäten gedeckt werden kann. Im Jahr 2020 wurden lediglich 17 Prozent des Primärenergiebedarfs in Deutschland durch erneuerbare Energien abgedeckt, und auch die geplanten Ausbauziele werden vermutlich nicht ausreichen, um den Wasserstoffbedarf vollständig zu decken (Linnemann & Peltzer, 2022, S. 3). Die Prognose, dass grüner Wasserstoff bis 2030 fossile Energieträger in Deutschland ersetzen könnte, ist daher laut einiger Autor:innen als unrealistisch einzustufen. Insbesondere, wenn man den Energiebedarf in den Bereichen Industrie, Gebäudeheizung, E-Mobilität sowie im öffentlichen Nah- und Fernverkehr berücksichtigt. Ohne signifikante Importe wird es demnach nicht möglich sein, diesen Bedarf vollständig zu decken (Frey et al., 2023b, S. 208). Die Studienlage impliziert so die Notwendigkeit des Imports von grünem Wasserstoff, um die innerdeutsche Versorgung sicherzustellen.

Unabhängig davon, ob der Wasserstoff aus dem Aus- oder Inland kommt stellt der Transport ein großes Problem dar. Die dabei entstehenden Kosten können sowohl für die Industrie als auch für private Haushalte erheblich sein. Je nach Analyse variieren die geschätzten Transportkosten um den Faktor drei, was auf die unterschiedlichen Interessenlagen und Berechnungsgrundlagen zurückzuführen ist (Frey et al., 2023b, S. 208). Dies verdeutlicht, dass neben der Produktion auch

die Logistik von grünem Wasserstoff eine bedeutende Herausforderung darstellt, die bei der langfristigen Planung der Energiewende berücksichtigt werden muss. Insgesamt zeigt sich, dass die Einschätzungen der politischen Entscheidungsträger:innen zur Diskrepanz zwischen Wunsch und Machbarkeit weitgehend mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen übereinstimmen. Sowohl die Befragten als auch die Literatur betonen die Notwendigkeit von regulatorischen Eingriffen und umfangreichen Importen, um die Skalierung der Wasserstoffproduktion voranzutreiben. Dies verdeutlicht die zentralen Herausforderungen, denen sich Thüringen im Rahmen der Energiewende gegenüberstellt.

5.4 Ideopolitische Energiepräferenzen

Die Ergebnisse dieser Arbeit legen nahe, dass ein Zusammenhang zwischen politischer Einstellung und der Präferenz für bestimmte Energieerzeugungsarten besteht. Dabei deutet die Analyse darauf hin, dass konservativere Personen eher fossile Energieträger bevorzugen, während progressivere Personen erneuerbare Energieträger favorisieren. Ein solcher Zusammenhang ist bislang nur unzureichend erforscht. Dies erscheint angesichts der stark politisierten Energiedebatte überraschend. Ein möglicher Grund dafür könnte darin liegen, dass Umweltfragen sich nur schwer in das traditionelle Links-Rechts-Schema einordnen lassen, da sie eine relativ neue Dimension in der politischen Auseinandersetzung darstellen (Karlström & Ryghaug, 2014, S. 10).

Erste existierende Studien befinden sich jedoch in Einklang mit den Ergebnissen der Arbeit. Clulow et al. (2021, S. 8) stellen in einer Studie heraus, dass die politische Ideologie eine wichtige Rolle dabei spielt, öffentliche Einstellungen gegenüber verschiedenen Energietechnologien und der Energiewende im Allgemeinen zu prägen. Insbesondere befürworten Anhänger:innen linksgerichteter politischer Parteien demnach tendenziell eher erneuerbare Energien und lehnen fossile Brennstoffe ab. Rechtsgerichtete Personen verhalten sich genau Gegenteilig. Anhänger:innen umweltorientierter Parteien äußern demnach in der Regel ähnliche Energiepräferenzen wie links orientierte Personen.

Wirtschaftsorientierte Befragte stimmen mit rechts orientierten Einstellungen überein (Clulow et al., 2021, S. 3).

Grundsätzlich vertritt die politische Rechte häufig eine Position, die marktwirtschaftliche Mechanismen und einen möglichst geringen staatlichen Einfluss bevorzugt. Das steht oftmals in Widerspruch zu den Maßnahmen, die für eine effektive Regulierung des Umweltschutzes erforderlich sind. Diese Haltung, die häufig mit neoliberalen Prinzipien assoziiert wird, betont den freien Markt und lehnt staatliche Interventionen ab. Dies kann als Hindernis für die Dekarbonisierung und andere umweltpolitische Ziele angesehen werden (Fielding et al., 2012, S. 715).

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Neumayer (2004, S.172): Parteipräferenzen beziehungsweise die politische Einstellung hängen demnach mit der Einstellung zur Umweltpolitik zusammenhängen. Linksorientierte Personen sind eher bereit, dem Umweltschutz Vorrang vor dem Wirtschaftswachstum einzuräumen, haben ein größeres Vertrauen in die ökologische Bewegung und geben eher an, ein umweltfreundliches Verhalten an den Tag zu legen. Eine Studie aus den Vereinigten Staaten zeigte, dass politisch konservativere Personen Investitionen in energieeffiziente Technologien weniger befürworteten als politisch liberalere Personen. Dieses Ergebnis ist laut Autor:innen in erster Linie auf den geringeren psychologischen Wert zurückzuführen, den konservativere Personen der Reduzierung von Kohlenstoffemissionen beimessen (Gromet et al., 2013, S. 9314).

In der vorliegenden Studie wurde festgestellt, dass der psychologische Wert, der sich aus der Ähnlichkeit von Wasserstoff zu Erdgas ergibt, als ein wesentlicher Grund angeführt wird, warum Wasserstoff eine hohe Bedeutung zugeschrieben wird (siehe Kapitel 4.2.2). In diesem Kontext könnte Wasserstoff aufgrund seiner vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten und der strukturellen Nähe zu konventionellen, fossilen Energieträgern in der Zukunft einen entscheidenden Vorteil haben. Er bietet sowohl ökologische Vorteile und wird als vertrauter Energieträger wahrgenommen. Dies könnte zu einer breiteren politischen und gesellschaftlichen Akzeptanz führen und dafür sorgen, dass

Wasserstoff wie geplant eine Schlüsselrolle in der Transformation des Energiesektors einnimmt.

Die Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit stimmen damit weitgehend mit den Erkenntnissen der bestehenden wissenschaftlichen Literatur überein. Angesichts der offenbar zentralen Bedeutung der politischen Orientierung in Hinblick auf die präferierte Energieerzeugungsart stellt sich die Frage, wie tiefgreifende nachhaltige Transformationen wie die Energiewende ohne linke Regierungen realisiert werden kann. Die Situation in Thüringen, wo die Minderheitsregierung aufgrund fehlender Mehrheiten in der 7. Wahlperiode nur begrenzte Fortschritte erzielte, illustriert diese Herausforderung. In weiterführenden Arbeiten wäre es interessant zu prüfen, ob Bundesländer mit einer stärkeren Unterstützung für linkere Parteien tendenziell erfolgreicher in der Umsetzung der Energiewende sind. Ein tiefergehendes Verständnis der Rolle ideopolitischer Faktoren kann dazu beitragen, potenzielle Konfliktbereiche zwischen ideologischen Perspektiven und politischen Optionen für die Energiewende zu identifizieren (Clulow et al., 2021, S. 2).

Zusammenfassend zeigt die vorliegende Arbeit, dass politische Ideologie einen bedeutenden Einfluss auf die Präferenzen für Energieerzeugungsarten haben kann. Wasserstoff, der als vertraute, fossile Energieträgern ähnliche Technologie wahrgenommen wird, könnte insbesondere bei konservativen politischen Akteur:innen auf Akzeptanz stoßen. Zukünftige Forschungen sollten untersuchen, wie politische Kompromisse auf Landes- und Bundesebene dazu beitragen können, ideologische Hürden zu überwinden und so eine breitere Akzeptanz für nachhaltige Energietechnologien zu schaffen.

5.5 Populismuskapitulation

Populismus, beziehungsweise die „Populismuskapitulation“ spielt nach Datengrundlage ebenfalls eine Rolle, wenn es darum geht, wie politische Entscheidungen getroffen werden. Befragte:r 4 beschreibt, dass Populismus auf lokaler Ebene maßgeblichen Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse ausübt. Begründet wird dies damit, dass

politische Akteur:innen bestrebt sind, ihre Macht zu sichern und sich für künftige Wiederwahlen zu positionieren. In diesem Kontext wird der Populismus zu einem entscheidenden Faktor, der die Art und Weise beeinflusst, wie Entscheidungen getroffen und politische Prioritäten gesetzt werden.

Als Populismus definiert wird „[...] eine Ideologie, die die Gesellschaft letztlich in zwei homogene und antagonistische Gruppen aufteilt, ‚das reine Volk‘ gegen ‚die korrupte Elite‘ und die argumentiert, dass die Politik Ausdruck des allgemeinen Volkswillens sein sollte“ (Mudde, 2004, S. 543, Übersetzung L.S.). Inwieweit diese Definition tatsächlich auf die Situation vor Ort zutrifft, und ob die interviewte Person diese kennt, kann die Forschende nicht feststellen beziehungsweise beurteilen. Der Blick in die Literatur zeigt, dass der Vorwurf, populistisch zu agieren, häufig genutzt wird, wenn „[...] dem politischen Gegner unterstellt wird, er polarisiere und simplifiziere bei komplexen Sachverhalten, um opportunistisch einer augenblicklich wahrgenommenen Stimmung oder Mehrheitsmeinung zu entsprechen und aus dieser skrupellos politisch Kapital zu schlagen“ (Rensmann, 2006, S. 59). Dieses Phänomen ist auch in den Daten zu beobachten. Opportunismus klingt in der identifizierten Handlungsstrategie zum Phänomen als „taktischer Rückzug“ an. Er wird definiert als „[...] ein eher negativ verwendeter Begriff, der die willfähige, zweckmäßige Anpassung an eine gegebene Situation bezeichnet, bei der momentane Nützlichkeitsabwägungen wichtiger erscheinen als dauerhafte, wertgebundene Prinzipien“ (Schubert & Klein, 2020, o.S.). Opportunismus beziehungsweise taktischer Rückzug steht damit qua Definition im Kontrast zur „Prinzipientreue“, bei der Akteur:innen konsequent an ihren ethischen Überzeugungen und langfristigen Prinzipien festhalten, auch wenn dies kurzfristig nachteilig sein könnte. Der „taktische Rückzug“ als Form des Opportunismus deutet auf eine strategische Entscheidung hin, sich von bestimmten Positionen oder Verpflichtungen zurückzuziehen, um sich besser an veränderte Bedingungen anzupassen oder unmittelbare Vorteile zu erzielen, während die „Prinzipientreue“ eine feste Orientierung an konstanten Werten und Überzeugungen repräsentiert. Die beiden

Handlungsstrategien, die in den Daten identifiziert wurden, korrespondieren damit eng mit den in der bestehenden Literatur beschriebenen Konzepten.

Nach Lewandowsky (2022) ist der Versuch, sich den Stimmungen des Volkes anzupassen, nicht charakteristisch für den Populismus. Stattdessen definieren populistische Parteien und Bewegungen klar, wer als „Volk“ gilt und wer nicht. Populistische Akteure agieren also nicht völlig opportunistisch und ideologisch flexibel, sondern verfolgen eine spezifische, stark ausgeprägte, Vorstellung von Volkszugehörigkeit (Lewandowsky, 2022, S.17). Ob das vom Befragten als Populismus wahrgenommene Phänomen tatsächlich dem sozialwissenschaftlichen Verständnis von Populismus entspricht oder ob es sich vielmehr um eine Form von Opportunismus handelt, bleibt unklar. Diese Unterscheidung erfordert eine eingehendere Analyse, da beide Begriffe unterschiedliche Dimensionen und Implikationen für die politische Bewertung haben. Eine abschließende Klärung dieser Frage ist ohne eine detaillierte Untersuchung der zugrunde liegenden Motivationen und Kontextfaktoren nicht möglich.

Die Analyse der Interviews legt nahe, dass in Thüringen vor allem opportunistische Tendenzen das politische Handeln prägen. Zukünftige Forschungen könnten sich darauf konzentrieren, wie politische Akteur:innen auf Landeebene mit diesem Phänomen umgehen, um eine effektive und nachhaltige Politikgestaltung zu gewährleisten.

Als intervenierende Bedingung geht Interviewte:r 4 auf das „NIMBY-Phänomen“ ein und meint dabei den lokalen Widerstand der Bevölkerung gegen konkrete Projekte vor Ort. Der vermeintliche Egoismus lokaler Protestgruppierungen, die zwar die Vorteile technischer Infrastrukturen nutzen, ihre Nachteile aber nicht in Kauf nehmen wollen, wurde bezeichnet als „NIMBY-Phänomen“. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ist das Phänomen inzwischen umstritten. Wolsink (2000, S. 62–63) bezeichnet das NIMBY-Konzept als falsche Theorie, die das Verständnis von sozialem Protest eher behindere als befördere. Neuere Studien stellen heraus, dass, wann immer die lokal betroffene Bevölkerung partizipativ in die Planung eingebunden wurde, die Zu-

stimmung die Ablehnung übertrifft (Delicado et al., 2014, S. 66–68). Das beobachtete Phänomen kann daher auch das Resultat politischer Planungsfehler sein. Die inhärente stark normative Aufladung des NIMBY-Begriffs sollte daher nicht unreflektiert auf die beobachteten Umstände übertragen werden, da sie tatsächliche Anliegen der Bürger:innen und deren legitimen Widerstand gegen bestimmte Projekte verzerren könnte.

5.6 Unkritische Medien

Die vorliegende Analyse zeigt, dass die unkritische Berichterstattung der Thüringer Medien nicht nur die öffentliche Wahrnehmung der Energieerzeugung beeinflusst, sondern auch die politischen Entscheidungsprozesse entscheidend prägt. Dies wird durch die gleiche Gewichtung von Argumenten mit unterschiedlichem Gewicht, durch überspitzte Überschriften zur Steigerung der Klickzahlen und durch die monopolartige Dominanz der Funke-Mediengruppe verstärkt. Zudem wird die mangelnde Expertise in den Redaktionen als weiterer Aspekt identifiziert. Als Reaktion darauf nennen die Akteur:innen als Handlungsstrategie die Verwendung positiv formulierter Aussagen, um ein breiteres Publikum zu erreichen und ihre Botschaften effektiver zu vermitteln.

Die Medien nehmen in der Demokratie eine besonders wichtige Rolle ein, denn die medial vermittelten Informationen sind im Sinne des Pluralismus für die Meinungsbildung von herausragender Bedeutung. Es kann jedoch dazu kommen, dass bestimmte Gruppierungen oder Personen einen überproportional großen Teil der Medienberichterstattung dominieren (Hasebrink, 2016, o.S.). Dies wird dann als *false balance*¹³ bezeichnet. Die wahrgenommene unkritische Berichterstattung der Thüringer Medien verdeutlicht, wie das Phänomen der ‚false balance‘ entsteht und die demokratische Funktion der Medien zur

13 Phänomen, bei dem einer Minderheitenmeinung unverhältnismäßig viel Beachtung geschenkt wird, sodass fälschlicherweise der Eindruck entsteht, sie sei ebenso gewichtig wie die vorherrschende Konsensmeinung.

Förderung einer ausgewogenen und pluralistischen Meinungsbildung beeinträchtigt.

Die Bedeutung von Medien für politische Akteur:innen ist erst im Rahmen der Debatte über die sogenannte „Medialisierung der Politik“¹⁴ in den Fokus gerückt. Heute wird davon ausgegangen, dass der Einfluss der „klassischen“ Medien auf die Herstellung von Politik sehr gering ist (Fawzi, 2020, S. 2). Im Gegensatz dazu wird sozialen Medien ein erheblicher Einfluss zugeschrieben. Die Interviewten treffen diese Unterscheidung nicht.

Studien haben gezeigt, dass politische Akteur:innen die Medienberichterstattung als Proxy für die öffentliche Meinung betrachten. Das kann entweder auf die Annahme zurückgeführt werden Medien beeinflussten die öffentliche Meinung oder dass sie die öffentliche Meinung widerspiegeln. Ein Wettbewerb um die mediale Positionierung entsteht demnach mit dem jeweils individuellen Ziel der Wiederwahl (Cohen et al., 2008, S. 333). Studien zeigen auch, dass politische Akteur:innen ihr Handeln und ihre Entscheidungen stark an der erwarteten zukünftigen Berichterstattung ausrichten. Dies betrifft nicht nur die Themenauswahl und -darstellung, sondern auch politische Entscheidungsprozesse (Maurer & Mayerhöffer, 2009, S. 5). Beispielsweise werden Lösungen, die potenziell negative Medienreaktionen hervorrufen könnten, von vornherein ausgeschlossen (Kunelius & Reunanen, 2012, S. 67) oder Verhandlungsergebnisse werden mediengerecht aufbereitet (Fawzi, 2014, S. 456). Um neue Themen auf die politische Agenda zu setzen, orientieren sich politische Akteur:innen zudem an Nachrichtenfaktoren wie der Vereinfachung von Inhalten (Maurer & Mayerhöffer, 2009, S. 9).

Studien zum Einfluss der Medien auf politische Verhandlungen zeichnen ein heterogenes Bild. In einigen Studien gaben politische Akteur:innen mehrheitlich an, keinen nennenswerten Einfluss der Me-

14 „[...] Prozess sozialen Wandels [...], in dessen Verlauf die Bedeutung von Massenmedien, massenmedialer Berichterstattung und/ oder massenmedialer Logik für die politisch relevanten Wahrnehmungen und Handlungen von Bürgern, Medien und/oder politischen Akteuren zunimmt“ (Reinemann, 2010, S. 282).

dien auf Verhandlungen wahrzunehmen, was unter anderem auf das geringe Interesse der Medien und die daraus resultierende spärliche Berichterstattung zurückgeführt wird (Huber, 2012, S. 279). In jenen Fällen, in denen Verhandlungen jedoch starke mediale Aufmerksamkeit erhielten, berichteten die Befragten von spürbaren Effekten auf den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen (Baugut & Grundler, 2009). In einer Studie von Fawzi (2014, S. 453) gab fast die Hälfte der politischen Akteur:innen an, dass die Medien einen starken Einfluss auf Verhandlungen ausübten. Mehr als ein Drittel schätzte sie zumindest als teilweise einflussreich ein. Laut den Befragten können Medienberichte während der Verhandlungen das Verhandlungsklima, die Dauer des Entscheidungsprozesses, die Kompromissbereitschaft, das Verhandlungsergebnis sowie die Qualität der Entscheidungen beeinflussen.

Bei der im Rahmen dieser Arbeit angesprochenen unausgewogenen Berichterstattung ging es nicht um die Darstellung konkreter Verhandlungen, sondern um die allgemeinere Darstellung von Sachverhalten in den Medien. Dennoch kann die Annahme, dass Akteur:innen die Medien als Einflussfaktor oder Spiegelbild öffentlicher Meinungen betrachten, tiefere Implikationen für die politische Entscheidungsfindung haben. Wenn politische Entscheidungsträger:innen und andere Akteur:innen davon ausgehen, dass Medien sowohl die öffentliche Meinung formen als auch reflektieren, wird die immense Bedeutung der Medien in diesem Kontext besonders deutlich. Medien werden aus dieser Sichtweise nicht nur als passive Informationsquelle gesehen, sondern beeinflussen aktiv die Wahrnehmung politischer Fragen. Dies hebt die zentrale Rolle hervor, die die Medien bei der Gestaltung politischer Entscheidungen spielen. Sie fungieren als Vermittler zwischen der politischen Sphäre und der Öffentlichkeit. In der vorliegenden Studie wird dies dadurch deutlich, dass die „Entscheidungs-Revision“, also das Zurücknehmen politisch abgestimmter Entscheidungen, als letzte Konsequenz der medialen Berichterstattung genannt wird (siehe Kapitel 4.3.3). Die mediale Darstellung kann somit entscheidend für die Wahrnehmung und die Priorisierung politischer Agenden und Ent-

scheidungen sein. Die Arbeit erweitert das Verständnis dahingehend, dass die mediale Darstellung von Sachverhalten nicht nur die öffentliche Meinung beeinflusst, sondern auch direkt die Richtung politischer Entscheidungsprozesse beeinflussen kann.

5.7 Lobbyorchestrierter Energiediskurs

Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass die Frage danach, welcher Energieträger von politischen Akteur:innen als Möglichkeit gedacht wird, maßgeblich von lobbyistischer Beeinflussung abhängt.

Die Energiewirtschaft gilt als einer der Sektoren mit intensivem Lobbying, sowohl auf deutscher, als auch auf europäischer Ebene (OECD, 2021, S. 21–24.). Die empirische Evidenz zu Lobbyismus in der deutschen Energiewirtschaft ist dennoch begrenzt. Während anekdotische Belege und journalistische Beiträge zahlreich vorhanden sind, gibt es nur wenige umfassende wissenschaftliche Studien (Gründinger, 2012, S. 14).

In Deutschland konzentriert sich der Lobbyismus hauptsächlich auf die Bereitstellung von Informationen, Standpunkten und Studien, um Entscheidungsträger:innen in Legislative und Exekutive zu beeinflussen. Es fehlen jedoch umfassende Daten zu diesen Aktivitäten, da weder die Lobbyisten noch die Adressat:innen verpflichtet sind, ihre Interaktionen offenzulegen (Polk, 2023, S. 502). Sühlsen & Hisschemöller (2014, S. 319–321) zeigen, dass vorhandene Marktteilnehmer:innen stärker auf etablierte Wege der Einflussnahme setzen, beispielsweise durch Verbände, während neue Marktteilnehmer:innen im Bereich der erneuerbaren Energien eher informell und mit technischer Expertise informationell Einfluss nehmen. Dies spiegelt die theoretische Erkenntnis wider, dass Lobbygruppen dazu neigen ihnen wohl gesonnene Abgeordnete und Regierungsvertreter:innen anzusprechen. Der Zugang zu ihnen ist leichter und die Kommunikation gilt als glaubwürdig, wenn die Präferenzen von Sender und Empfänger weitgehend übereinstimmen (Bombardini & Trebbi, 2020, S. 407).

Die vorliegende Studie erweitert das Verständnis der spezifischen Rolle des Lobbyismus in der Wahrnehmung und Bewertung von Energieträgern durch politische Entscheidungsträger:innen. Die Studie legt nahe, dass die politische Diskussion und Entscheidungsfindung bezüglich der Energieerzeugungsart erheblich von den Interessen und Strategien der Lobbygruppen beeinflusst wird. Dies stellt eine Lücke in der bisherigen Forschung dar. Die Ergebnisse verdeutlichen die Notwendigkeit weiterer umfassender Studien zur Lobbyarbeit in der Energiepolitik, um die tatsächlichen Auswirkungen auf politische Entscheidungen und den Fortschritt der Energiewende besser zu erfassen.

5.8 Sonderweg Thüringen

Die vorliegende Studie beschreibt den „Sonderweg Thüringen“ als Zusammenspiel mehrerer Aspekte. Erstens spielt die, im Gegensatz zu anderen Bundesländern divergierende, Ausrichtung der liberal-konservativen Kräfte eine entscheidende Rolle, da deren politische Präferenzen die Energiepolitik maßgeblich beeinflussen. Zweitens wird die Spaltung zwischen Einzelakteur:innen und Fraktionen (Solisten-Takt) innerhalb der Energiepolitik als wesentlicher Faktor identifiziert, der zu unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Positionen führt. Drittens tragen die Emotionalisierung der Themen und die besondere historische Dimension der DDR-Vergangenheit zur Komplexität der politischen Auseinandersetzungen bei. Schließlich stellt die Minderheitsregierung eine intervenierende Bedingung dar, die die politischen Entscheidungsspielräume weiter beeinflusst und die Dynamik der Energiepolitik gestaltet.

Es fehlen empirische Studien, die zeigen, ob die von politischen Entscheidungsträger:innen in Thüringen oben skizzierte wahrgenommene Situation tatsächlich den Gegebenheiten entspricht. Daher erfolgt eine Kurzanalyse der verschiedenen Aspekte.

Eine abschließende Beurteilung der Ausrichtung der liberal-konservativen Kräfte, insbesondere von CDU und FDP in Thüringen, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht erfolgen. Dennoch soll im Kontext

der Energiepolitik ein exemplarisches Beispiel betrachtet werden: Ende 2023 wurden auf Initiative der FDP und mit den Stimmen von CDU und AfD Regelungen verabschiedet, die den Bau von Windkraftanlagen in Wäldern erheblich erschwerten beziehungsweise nahezu unmöglich machten (MDR Thüringen, 2024, o.S.). Gegen diese Regelungen erhob die Landesregierung Klage.

Eine Auswertung des MDR zeigt beispielhaft, wie die im Landtag vertretenen Parteien sich in der 7. Wahlperiode über Windkraft äußerten. Während die rot-rot-grünen Regierungsfractionen ausschließlich positiv über die Windkraft sprachen, thematisierte die FDP oft Ängste und hinterfragte die Sinnhaftigkeit der Windenergie. Die CDU hingegen warnte vor einem unkontrollierten Wildwuchs von Windkraftanlagen außerhalb ausgewiesener Vorranggebiete und die AfD bezeichnete Windräder als Lebensraumzerstörer von Mensch und Tier (Wünschel & Straub, 2024, o.S.). Inwieweit sich die Thüringer CDU mit dem genannten Vorgehen von anderen Landesverbänden unterscheidet, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Entsprechende Vergleichsstudien oder einschlägige Literatur zu diesem spezifischen Thema liegen bislang nicht vor. Eine umfassende Analyse erfordert die detaillierte Untersuchung der internen Dynamiken und politischen Strategien innerhalb der verschiedenen CDU-Landesverbände, die über den Rahmen der vorliegenden Betrachtung hinausgeht. Gleiches gilt für die FDP.

Die Opposition hatte in der 7. Wahlperiode in Thüringen durch die Minderheitsregierung eine besondere Rolle. Strøm bezeichnet Minderheitsregierungen als „counterintuitive phenomenon in the world of parliamentary democracies“ (1990, S. 8; zit. n. Pfafferoth, 2018, S. 23). Minderheitsregierungen gelten als ungewöhnliche Form der Regierungsführung, da sie den üblichen Mechanismen des parlamentarischen Systems zu widersprechen scheinen. Im „Normalfall“ stellt die Mehrheit im Parlament die Regierung, während die Minderheit die Opposition bildet (Strohmeier, 2009, S. 277).

In der Literatur wird zwischen gestützten und tolerierten Minderheitsregierungen unterschieden. Eine gestützte Minderheitsregierung sichert ihre Arbeit durch schriftliche Vereinbarungen oder kontinuierli-

che Kooperationen, ähnlich wie formelle Koalitionsverträge, ab. Diese Absprachen stabilisieren die Vertrauensbasis zwischen den Bündnispartnern, reduzieren Konflikte und schaffen verlässliche Beziehungen. Im Gegensatz dazu muss eine tolerierte Minderheitsregierung für jede Einzelentscheidung neue Mehrheiten gewinnen. Das bringt höhere Transaktionskosten und einen größeren Aufwand für die beteiligten Parteien mit sich. Potenziell kann dadurch ihre politische Wirkung und die Kontinuität ihrer Erfolge eingeschränkt sein (vgl. Pfafferoth, 2018, S. 46). Die vorliegende Studie bestätigt diese Ergebnisse. Qua Definition war die Regierung in Thüringen eine Minderheitsregierung, die auf die Tolerierung durch die Opposition angewiesen war. In der Praxis führte dies dazu, dass die Handlungsspielräume der Landesregierung stark eingeschränkt waren. Die politischen Initiativen und Maßnahmen waren daher, wie von den Befragten beschrieben, häufig auf jene Impulse angewiesen, die von der Bundesebene kamen.

Eine Studie des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts (2023) zeigt, dass die Skepsis gegenüber der Demokratie in Ostdeutschland ausgeprägt ist. Nicht einmal die Hälfte der Befragten ist demnach zufrieden mit dem Zustand des politischen Systems. Mehr als zwei Drittel gaben an froh zu sein, die DDR noch erlebt zu haben (Decker et al., 2023, S. 24, 38). Auch die vorliegende Studie weist auf die spezifischen historischen Faktoren in Ostdeutschland, beziehungsweise Thüringen, hin. Die Skepsis gegenüber der Demokratie und die Verklärung der DDR-Vergangenheit spiegeln sich in der beschriebenen Wahrnehmung der politischen Debatten in Thüringen wider.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der „Sonderweg Thüringen“ durch eine komplexe Interaktion politischer Kräfte, emotionalisierter Themen und historischer Dimensionen geprägt ist. Zukünftige Studien sollten sich intensiver mit den internen Dynamiken und dem Einfluss der Vergangenheit auf die politische Kultur in Thüringen auseinandersetzen.

5.9 Limitationen

Diese Arbeit ist durch mehrere Limitationen geprägt, die im Folgenden beschrieben werden. Der wesentlich limitierende Faktor ist, dass die Grounded-Theory-Methodologie aus Ressourcengründen nicht vollständig umgesetzt werden konnte. Besonders das Fehlen eines umfassenden theoretischen Samplings und die nicht vollständige Erreichung der theoretischen Sättigung schränken die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse ein.

Die unzureichende Repräsentation der konservativ-liberalen Perspektiven in den Interviews hat Einfluss auf die Balance der Perspektiven in der Arbeit. Die konservative Sichtweise wurde in der Studie lediglich durch ein Interview abgedeckt, da andere Interviewanfragen unbeantwortet blieben. Diese unzureichende Vertretung führt zu einem Ungleichgewicht in der vorliegenden Forschung. Obwohl das primäre Forschungsinteresse nicht auf parteiliche Differenzen abzielte, traten dennoch an einigen Stellen signifikante Differenzen zutage. Diese bedürfen einer detaillierteren Analyse.

In Bezug auf die Gütekriterien von Strauss und Corbin (1996) (siehe Kapitel 3.5) wurde die Angemessenheit des Forschungsprozesses weitgehend erfüllt. Die gezielte und begründete Auswahl der (Ausgangs-)Stichprobe wurde sorgfältig durchgeführt. Sowohl die Benennung der Hauptkategorie als auch die Begründung der Hauptkategorien durch relevante Phänomene sind klar nachvollziehbar. Ebenso wurden die Kriterien des theoretischen Samplings und deren Nutzen dargelegt. Die Generierung von Konzepten ist durch die Tabellen im Anhang nachvollziehbar. Die systematischen Beziehungen der Konzepte sind durch die Darstellung axialer Kodierparadigmen für jede entwickelte Hauptkategorie gut dokumentiert. Dies ermöglicht eine klare Nachvollziehbarkeit der Verknüpfungen und deren analytische Einordnung. Jedoch weist die Dichte der Kategorien gewisse Schwächen auf. Obwohl viele Kategorien gut entwickelt sind, zeigt sich eine Ungleichmäßigkeit in ihrer konzeptuellen Dichte. Einige Kategorien sind weniger detailliert ausgearbeitet, auch, weil keine umfassende Dimensionalisierung erfolgte. Diese Ungleichheit könnte zu einem unvollständigen

Bild der Hauptkategorien führen und die Gesamtkohärenz der Theorie beeinträchtigen.

Die Variation in der Theorie ist eingeschränkt, was hauptsächlich dem Format der Arbeit und der begrenzten Datenmenge geschuldet ist. Eine größere Datenbasis könnte zu einer tiefergehenden Analyse und einer reichhaltigeren Theorie beitragen. Die Einbindung der breiten Randbedingungen, die das untersuchte Phänomen beeinflussen, ist grundsätzlich erfolgt, jedoch nicht in dem Umfang, der möglicherweise erforderlich gewesen wäre. Aufgrund der limitierten Seitenanzahl einer Arbeit konnte die detaillierte Betrachtung der Kontextfaktoren und ihrer Auswirkungen auf die Ergebnisse nicht in vollem Umfang realisiert werden. Schließlich zeigt die Beurteilung der Bedeutsamkeit der theoretischen Ergebnisse, dass diese einen wertvollen ersten Einblick in ein bislang wenig erforschtes Gebiet geben. Dennoch sind weiterführende und detailliertere Untersuchungen notwendig, um die theoretischen Ergebnisse umfassend zu validieren und die entwickelten Konzepte weiter zu verfeinern (Strauss & Corbin, 1996, S. 217–221).

Die berufliche Tätigkeit der Forschenden im politischen Umfeld Thüringens bringt eine Perspektive mit sich, die von beruflicher Praxis geprägt ist. Dies birgt sowohl Vor- als auch Nachteile. Durch die berufliche Erfahrung besteht ein tiefgehendes Verständnis für politische Abläufe. Gleichzeitig birgt sie das Risiko, durch eigene Überzeugungen bestimmte Perspektiven unbewusst zu bevorzugen. Um dem entgegenzuwirken fand ein regelmäßiger Austausch mit Außenstehenden im Rahmen der Forschungswerkstatt statt und Annahmen wurden durch das Verfassen von Memos regelmäßig kritisch überprüft. Trotz der genannten Einschränkungen stellt die Arbeit einen wertvollen ersten Beitrag zu einem bislang wenig erforschten Bereich dar und eröffnet Möglichkeiten für weiterführende Studien. Künftige Forschungen könnten davon profitieren, ähnliche Untersuchungen in anderen (Bundes-) Ländern durchzuführen, um die Ergebnisse zu validieren und einen umfassenderen Überblick über das Forschungsfeld zu erhalten.

